

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

6.10.1928 (No. 234)



# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Carl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Verleger:  
Nr. 953  
und 954  
Postkassentorte  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. Amann  
Karlsruhe

**Zeugpreis:** Monatlich 2.25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rp. — Samstag 15 Rp. — Anzeigengebühr 14 Rp. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatte, der als Massenrabatt gilt und erweitert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Carl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Kontostundenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Zuerst keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 23. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Hofschaffnerblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Tagung der Deutschen Zeitungsverleger

Im Plenarsitzungsjaal des früheren Herrenhauses zu Berlin fanden am Freitag die geschäftlichen Beratungen der Tagung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger statt, zu der sich weit über 500 Verleger eingefunden hatten. Der Vorsitzende des Vereins, Kommerzienrat Dr. Krumpholtz eröffnete die Hauptversammlung. Der Jahresbericht wurde, ebenso wie die Jahresrechnung und der Voranschlag ohne Debatte einstimmig angenommen. Die Jahungsgemäch aus dem Vorstande auscheidenden Mitglieder sowie die Rechnungsprüfer wurden einstimmig durch Jurauf wiedergewählt. Die Satzungsänderungen wurden nach reger Debatte angenommen, über die Vereinsdirektor v. Boetticher ein umfassendes Referat hielt. Hierauf wurde eine Entschließung gegen die immer weitergehenden Forderungen der Annoncenexpeditionen nach Gratisreklame angenommen. Dr. Carbe, Berlin, berichtete über die Frage der Preisgestaltung des Zeitungsdruckpapiers. Er verlangte eine Änderung des Kartellgesetzes und die Senkung bzw. Beseitigung der Papierzölle. Dann berichtete Direktor Scheuer, Berlin, über den Entwurf zum neuen Reichspressgesetz. Als Ort der nächstjährigen Versammlung wurde Heidelberg gewählt. Die Versammlung fand an den Reichspräsidenten von Hindenburg und an Reichsaußenminister Dr. Stresemann Begrüßungsgramme.

Im Anschluß an die Hauptversammlung fand die Mitgliederversammlung des Arbeitgeberverbandes für das deutsche Zeitungsgewerbe statt. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Dr. Kurt Simon, Frankfurt a. M., hielt ein Referat über die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse, ihre Notwendigkeit und die positiven Ergebnisse, die sie bisher für die Verleger und Redakteure gebracht hatte. Nach einem weiteren Referat über grundsätzliche Fragen der Tarif- und Lohnpolitik hatte die Beratung ihr Ende erreicht.

In den angenommenen Entschließungen heißt es: „Mit wachsender Sorge verfolgt der Verein die immer weitergehenden Forderungen der Annoncenexpeditionen und Inserenten nach Gratisreklame, die allzumahig nicht die notwendige Abgeltung finden. Es muß an dem bewährten Grundsatz der deutschen Presse festgehalten werden, den Zeitteil absolut rein und unabhängig vom Anzeigenteil zu halten. Wird bei einem Auftrage die Aufnahme von Gratisreklame im Text zur Bedingung gemacht, so ist dies als unzulässig unter allen Umständen abzulehnen. Ausnahmeweise können kurze geschäftliche Mitteilungen am Schlusse des redaktionellen Teiles und von ihm deutlich getrennt veröffentlicht werden oder, wenn sie durch eine besondere Überschrift als nichtredaktionell gekennzeichnet ist, Voraussetzung für die Befolgung von besonderen Nachvorschriften der Inserenten ist grundsätzlich die höhere Berechnung. Die Aufnahme von Anzeigen auf den vorderen Textseiten entwertet den redaktionellen Teil und schadet dem Ansehen der Zeitung.“

Die Versammlung hat sich mit der Frage der Papierpreise und der Monopolstellung auf dem Papiergebiet eingehend beschäftigt. Die Versammlung hat mit Dank davon Kenntnis genommen, daß der Reichswirtschaftsminister dieser Frage, die zu den wichtigsten Wirtschaftspragen des deutschen Zeitungswesens gehört, seine besondere Aufmerksamkeit gewidmet hat. Eine dauernde Sicherung gegen die Wiederholung stattgehabter Übersteuerung sieht die Versammlung in einer entsprechenden Abänderung der Kartellgesetzgebung. Da diese aber voraussichtlich längere Zeit in Anspruch nehmen würde, hält die Versammlung die Aufhebung der Zölle bzw. eine umgehende Senkung der Zölle für Zeitungsdruckpapier für unumgänglich notwendig.“

Ein Dankerlass des Reichspräsidenten. Das Büro des Reichspräsidenten gibt folgenden Erlaß des Herrn Reichspräsidenten bekannt: „Auch in diesem Jahre sind mir zu meinem Geburtsstage aus allen Teilen des Reiches und von vielen Deutschen aus dem Auslande Glückwünsche in großer Zahl zugegangen. Ihre Einzelbeantwortung ist mir leider nicht möglich. Allen, die freundlich meiner Gedacht haben, spreche ich daher auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank aus und bitte sie zugleich, die mir gezeigte Zuneigung und Treue dadurch zu bekräftigen, daß sie, ein jeder an seiner Stelle, mitwirken, unserem Vaterlande inneren Frieden und Einigkeit zu geben. gez. von Hindenburg, Reichspräsident.“

Die Tagung des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik in Ulm wurde am Freitag nachmittag vom Oberbürgermeister Dr. Leuder eröffnet. Der Vorsitzende begrüßte die Vertreter der Stadt Ulm und die Vertreter der Reichsregierung, der preussischen und der württembergischen Regierung und der angeschlossenen Organisationen, insbesondere den Bürgermeister Emmerling aus Wien. Dann erstattete Generalsekretär Stein den Geschäftsbericht. Ihm schloß sich ein Referat von Ministerialdirektor Dr. Wrecht über die Neuordnung der Dezentralisation im Deutschen Reich an.

Die deutschen Parlamentarierdirektoren in Braunschweig. Die deutschen Parlamentarierdirektoren hielten ihre diesjährige Tagung in Braunschweig ab. Vertreten waren nahezu sämtliche Länderparlamente, dazu Österreich und Danzig. Die Beratungen begannen mit einem Vortrag des Direktors des bayerischen Landtagsamtes, Geheimen Rats Will, über die Unzulässigkeit eines Mißtrauensantrages gegen einen Parlamentspräsidenten. Hieran schloß sich ein Referat des Vorsitzenden über verschiedene Streitfragen aus dem Immunitätsrecht. Endlich wurden noch auf Anregung Danzigs die Ordnungsrechte des Ausschuhvorsitzenden besprochen. Bei den Neuwahlen wurde Landtagsdirektor Dr. Eisenmann, Stuttgart, der Direktor des hessischen Landtages, Schenk, Spindlberg, von der Bürgererschaft Hamburg und Landtagsdirektor Dohmschütz, Karlsruhe, einstimmig wiedergewählt.

### Letzte Nachrichten

#### Der Reichspräsident an das deutsche Rote Kreuz

BERLIN, 6. Okt. (Tel.) Reichspräsident v. Hindenburg hat anläßlich des am Sonntag, den 7. Okt. d. J., im größten Teile des Reiches stattfindenden Rotkreuztages an den Präsidenten des deutschen Roten Kreuzes, v. Winterfeldt-Mentke, das folgende Schreiben, datiert vom 6. Okt. 1928, gerichtet: „Zum morgigen Rotkreuztage, der durch den 100. Geburtstag des Stifteres des Roten Kreuzes, Geny Dunant, in diesem Jahre eine besondere Bedeutung erhält, grüße ich das deutsche Rote Kreuz in dankbarer Anerkennung für seine in opfervoller Arbeit für das Gesamtwohl geleisteten Dienste. Möge der Rotkreuztag alle Kreise unseres Volkes mit dem ernstesten Willen erfüllen, in Krankheit, Sorge und Not einander zu helfen, um in tätiger Nächstenliebe das Bewußtsein eng verbundener Gemeinschaft zu fördern und zu stärken.“

#### Europäische Macdonalds

BERLIN, 6. Okt. (Tel.) Der englische Arbeiterführer Ramsay Macdonald beginnt heute eine politische Reise durch Europa. In seiner Begleitung befinden sich das dem Unterhause angehörende Mitglied der Arbeiterpartei, Sir Oswald Mosley, mit seiner Frau, die eine Tochter Lord Curzon's ist. Sie begeben sich zunächst nach Wien, wo sie morgen ein treffen. Von hier fahren sie nach Prag und dann nach Berlin. Laut „Daily Express“ wird Macdonald eine Ansprache an Mitglieder des Reichstages halten.

#### Italien und die Schweiz

BERN, 6. Okt. (Tel.) Die Antwortnote Italiens über den Fall Rossi ist noch nicht veröffentlicht worden. Einige schweizerische Zeitungen glauben zu wissen, daß die italienische Regierung in der Note versichert, sie werde die schweizerische Gebietshoheit stets und unter allen Umständen respektieren. Die Verhaftung Rossi sei zweifellos auf italienischem Gebiet erfolgt. Die italienische Regierung verwehre sich gegen den Verdacht, als ob ihre Organe an den Maßnahmen, die zur Verhaftung Rossi führten, und die die Veranlassung zu der schweizerischen Beschwerde bildete, beteiligt gewesen seien. Sie lehne jede Verantwortung ab. Die italienische Polizei, die von einer bevorstehenden Grenzüberbreitung des sich mit staatsfeindlichen Absichten tragenden Rossi Kenntnis hatte, sei berechtigt gewesen, Rossi nach Betreten italienischen Bodens festzunehmen. Die Verantwortlichkeit, die in Zusammenhang mit Rossi in Beziehung gestanden haben soll, sei der italienischen Regierung unbekannt. Im übrigen werde in der Note betont, daß die italienische Regierung aufrichtig wünsche, die herzlichen Beziehungen zu der Schweiz ungetrübt aufrechtzuerhalten.

#### Rundgebung ehemaliger Frontsoldaten in Belgrad

BERLIN, 6. Okt. (Tel.) Gestern erschienen vor dem Ministerium für Agrarreform über 100 Freiwillige der Salonikararmee, um beim Landwirtschaftsminister Beschwerde dagegen zu erheben, daß sie von dem Gut des Grafen Glesonics, das ihnen feinerzeit zugesprochen wurde, vertrieben worden seien. Die erbitterten Bauern erklärten, solange vor dem Ministerium zu verbleiben, bis der Minister eine günstige Entscheidung getroffen haben werde. Sie blockierten das Ministerium und verhinderten, daß der Minister für Agrarreform, Popowitsch, das Ministerium verließ. Erst nachmittags um 1/2 12 Uhr konnte der Minister in Begleitung einiger Bedarmen das Haus endlich verlassen. Die Abordnung begab sich dann zum Ministerpräsidenten und überreichte später auch dem König eine Denkschrift.

#### Primo de Rivera zur Abrüstungsfrage

PARIS, 6. Okt. (Tel.) Die in Bordeaux erscheinende „Petite Gironde“ gibt Äußerungen des Generals Primo de Rivera wieder. U. a. jagte er zur Abrüstungsfrage: Spanien verfolgt sehr weitgehend die Abrüstungspolitik. Seine Rüstungen zu Wasser und zu Lande liegen über dem, was der Völkerbund in der Stunde der Abrüstung fordern könnte, aber meine Ansicht geht dahin, daß jedes Land alles tun kann, um das Leben seiner Staatsangehörigen zu sichern. Daher muß man, glaube ich, auf eine starke internationale Mißbilligung hinarbeiten, die von jedem abgerüsteten Lande im Verhältnis zu seinen Mitteln gestellt würde.“

#### Die Untersuchung des Münchener Eisenbahnunglücks

MÜNCHEN, 6. Okt. (Tel.) Die Voruntersuchung über das Eisenbahnunglück im Münchener Hauptbahnhof am 15. Juli ist nunmehr abgeschlossen. Sie wurde durchgeführt gegen drei Beamte des Stellwerks, gegen den Lokomotivführer und den Heizer des Vorzuges und gegen den Lokomotivführer und den Schaffner des nachfolgenden jahranmächtigen Zuges. Das Ergebnis der Voruntersuchung geht nunmehr an die Staatsanwaltschaft zur Erhebung der Anklage.

#### Der Haftbefehl gegen v. Balbow, den früheren Privatsekretär von Hugo Stinnes, wurde aufgehoben.

Der Eisbrecher „Strass“ ist am Freitag in den Venetianer Hafen eingelaufen, wo die Besatzung von Vertretern der Behörden und Abordnungen zahlreicher Organisationen begrüßt wurde. Dem Empfang wohnten auch die konsularischen Vertreter des Auslandes bei.

### \* Vor den Koalitionsverhandlungen im Reich u. in Preußen

Wie man weiß, sollen im Herbst die Regierungskoalitionen im Reich und in Preußen erweitert bzw. auf eine festere Basis gestellt werden. Im Reich handelt es sich darum, daß das Zentrum stärker und enger an der Koalition beteiligt wird, und zwar in der Weise, daß es statt des einen Ministers, den es jetzt im Kabinett sitzen hat, zwei bis drei Minister dorthin entsendet. Was die Deutsche Volkspartei anlangt, so ist sie ja bereits ausreichend durch den Außenminister und den Wirtschaftsminister im Kabinett vertreten. Aber auch hier erscheint ein Festerknüpfen des Bandes zwischen Partei und Kabinett notwendig, da sich die Partei bisher trotz der Anwesenheit ihrer beiden Führer Stresemann und Curtius im Kabinett eine gewisse Entschlußfreiheit vorbehalten hatte. Es ist bekannt, daß die Herren Stresemann und Curtius mit einer Bereitwilligkeit und Entschiedenheit dem Kabinett beigetreten sind, welche vom Parteivorstand nicht gebilligt wurden.

Ferner ist bekannt — und damit kommen wir zur Koalitionsfrage in Preußen —, daß der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei anfangs als Bedingung für die Errichtung der Großen Koalition im Reich die sofortige Errichtung der Großen Koalition auch in Preußen, also die Vereinnahmung der Deutschen Volkspartei ins preussische Kabinett, gefordert hatte. Die Forderung ist in dieser Form abgelehnt worden. Doch haben die Regierungsparteien in Preußen betont, daß sie „zu gegebener Zeit“, das heißt also etwa im Herbst, über diese Angelegenheit mit der Deutschen Volkspartei verhandeln wollen. Der Herbst ist herangenahet. Am 12. November wird der Reichstag wieder zusammentreten. Und um diese Zeit herum wird dann auch der Preussische Landtag seine Winteression beginnen.

Der Parteivorstand des Zentrums tritt morgen zusammen und wird zu der Frage einer engeren Beteiligung der Partei an der regierenden Koalition im Reich Stellung nehmen. Die Stimmung innerhalb der Zentrumspartei ist in dieser Frage nicht ganz einheitlich. Es gibt eine Strömung, die die Ansicht vertritt, daß die Bereitwilligkeit der Zentrumspartei zur Übernahme der Verantwortung den Parteinteressen nicht nützlich gewesen sei. Man weist auf die Verluste des Zentrums bei der letzten Reichstagswahl hin und meint, daß diese Verluste nicht speziell durch die Politik einer mehr nach rechts gerichteten Regierungskoalition im Reich erklärt werden, sondern daß es die jahrelange Teilnahme an der Regierung im Reich schlechthin sei, welche dem Zentrum geschadet habe. Nach den Wünschen dieser Strömung würde sich das Zentrum nicht nur nicht für eine stärkere Beteiligung an der Koalition im Reich zu entscheiden haben, sondern den einzigen Repräsentanten, den es jetzt im Kabinett hat, Herrn von Guérard, sogar noch zurückziehen. Mit alledem brauchte wohl keine direkte Opposition verbunden sein. Aber das Zentrum wäre doch frei von der Verantwortung.

Die andere Strömung geht offenbar von der Erkenntnis aus, daß es im parlamentarischen Leben eigentlich nur Regierungsparteien und Oppositionsparteien geben sollte, und daß eine Partei, die an sich keinen begründeten Anlaß zur Opposition hat, dann auch innerhalb der Regierung mitarbeiten sollte. Ferner sagen sich diese Kreise noch, daß bei einer Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Deutscher Volkspartei die Anwesenheit der Zentrumspartei als Vermittlerin dringend erwünscht ist. Und im Zusammenhang damit werfen sie die Frage auf, ob es nicht eine Krise heraufbeschwören heißt, wenn das Zentrum jetzt Sozialdemokraten, Demokraten und Deutsche Volkspartei sich selbst überlasse. Wenn schließlich diese Kreise darauf hinweisen, daß auch andere Parteien eine Krise durchzumachen haben, und daß diese Krisen in der Hauptsache keineswegs durch das Faktum einer Teilnahme oder Nichtteilnahme an der Regierung hervorgerufen würden, sondern durch allgemeine Umwälzungserscheinungen im innerpolitischen Leben der Nation, so müßte man zugeben, daß hinter einer solchen Auffassung doch eine gute Portion Wahrheit steckt.

Zedenfalls wird der Parteivorstand morgen zu einem Entschluß kommen müssen, zumal in den ersten Tagen des November der Reichsparteitag des Zentrums stattfinden soll. Bis dahin oder spätestens bis zum 12. Novem-



ber, dem Tage, an dem der Reichstag wieder zusammentritt, müßte die Sache also geklärt sein.

Nun zur Deutschen Volkspartei. Bis zu einem gewissen Grade sind die Entschlüsse auch dieser Partei abhängig von dem, was das Zentrum beschließen wird. Denn auch für die Deutsche Volkspartei würde sich eine ganz neuartige Situation ergeben, wenn das Zentrum sich an der Regierungskoalition im Reich nicht mehr beteiligen wollte. Abgesehen von der Rücksichtnahme auf die Entwicklung dieser Angelegenheit, ist man zweifellos in der Deutschen Volkspartei entschlossen, die Große Koalition im Reich in aller Form mitzumachen und dieselbe Große Koalition auch in Preußen antizipieren zu lassen, das heißt in Preußen in die bereits bestehende Koalition einzutreten.

Ein schweres Hindernis für diesen Eintritt ist in den letzten Tagen aus dem Wege geräumt worden: Reichstagsfraktion und Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei haben einstimmig erklärt, daß nach den letzten Kundgebungen des Stahlhelms die Zugehörigkeit eines Mitgliedes der Fraktion zum Stahlhelm nicht mehr anhängig sei. Damit ist das Tischstuch zwischen Deutscher Volkspartei und Stahlhelm zerschnitten worden. Der Stahlhelm hat noch ein übriges getan, indem er verkündete, daß man den Austritt der deutschvölkischen Mitglieder durchwegs erwartet habe, da ja der Stahlhelm nunmehr selbst eine politische Partei im vollen Sinne des Wortes sei. Konsequenterweise müßten ja nun auch die deutschnationalen und deutschvölkischen Mitglieder des Stahlhelms austreten; denn es wäre doch eigentlich recht komisch, wenn jemand in führender Stellung gleich zwei politischen Parteien angehören wollte. Doch ist das ja Sache der Deutschnationalen selbst.

Die Öffentlichkeit wird die Entwicklung des Stahlhelms von jetzt ab mit besonderer Aufmerksamkeit zu verfolgen haben. Er hat sich als politische Partei etabliert und wird als solche bewertet werden müssen. Die Deutsche Volkspartei aber hat sich rechtzeitig von der Verbindung mit dem Stahlhelm losgesagt. Und man darf überzeugt sein, daß diese Tatsache die Koalitionsverhandlungen in Preußen erleichtern wird.

### Die Renten der Standesherrn

Ein Gesetzentwurf über die Aufwertung und Ablösung älterer Staatsrenten wird, wie der „Soziald. Pressendienst“ erfährt, das Reichskabinett noch in diesem Monat beschäftigen. Das Gesetz erstreckt eine Abfindung der sog. standesherrlichen Rentenansprüche an die Länder.

Das Reichsjustizministerium hat sich in seinem Entwurf die Vorschläge der preussischen Regierung zu eigen gemacht. Es schlägt im allgemeinen eine Aufwertung von 8 Proz. vor. Als nicht aufwertungsfähig sollen Leibeigenschafts- und Hoheitsrenten gelten. Die Vermögensrenten sollen bis zu 25 Proz. aufgewertet werden können, wenn Verpflichtungen aus Ruhegehältern nachgewiesen werden. In besonderen Fällen kann eine Aufwertung bis zu 40 Proz. erfolgen. Diese Rentenfälle sollen u. a. gestattet werden, wenn es sich um eine kulturhistorisch oder gemeinnützig wertvolle Anlage (Schloß oder Park) handelt.

### D-Züge und Sonntagsfahrten

Bisher war es üblich, daß im Sommer eine beschränkte Anzahl nicht zu überlastete und vom Fernverkehr beanspruchter D-Züge, im Winter eine bisweilen sämtliche D-Züge eines Direktionsbezirks umfassende Zahl von Zügen freigegeben werden. Wie verlautet, soll im Zusammenhang mit der Verengung des Klassensystems die im Winter übliche fast allgemeine Freigabe der D-Züge zur Benützung für Inhaber von Sonntagskarten ebenso auch die im Sommer bestandene beschränkte Freigabe aufhören. Der Bund Deutscher Verkehrsvereine ist bei der Reichsbahnverwaltung vorstellig geworden und hat dringend gebeten, die Freigabe der D-Züge nach Ermessen der Reichsbahndirektion beizubehalten. Gleichzeitig wurde dargelegt, daß sich in der Maßnahme die Wünsche des Publikums mit den Bestrebungen der Reichsbahn auf erhöhte Einnahmen durchaus bedenklich und somit die Freigabe nicht nur ein Entgegenkommen gegenüber der Bevölkerung, sondern auch eine Maßnahme zugunsten der Reichsbahneinnahmen sei.

### Karlsruher Konzerte

Ihrer musikalischen Substanz nach dürfen auch in diesem Jahr die Sinfoniekonzerte des Badischen Landestheaterordres sich sehr wohl sehen lassen. Die Programme fänden neben selbstverständlicher Rücksicht auf klassische und romantische Literatur sogar einige Neuheiten an, denen man zweifellos größtes Interesse ebenfalls entgegenzubringen hat. Wie gleich das erste Konzert, mit dem der Karlsruher musikalische Vollbetrieb nunmehr wieder in Gang gebracht wurde, zur Freude aller Beweise, hat man außerdem durch eine neue, in ihren hellen Farben sehr geschmackvolle Konzerttupel den Abenden auch einen äußeren würdigen Rahmen geschaffen. An der Spitze der Vortragsfolge stand Bachs zweites brandenburgisches Konzert, ein trotz seines hohen Alters höchst zeitgemäßes und elementar padendes Werk, dem besonders in den Schüben eine köstliche Lebhaftigkeit eignet. Dem hohen Niveau seiner Diktion, aber auch dem Gewicht seiner Gedanken ward die Wiedergabe durchaus gerecht; für die virtuose, manchmal ganz raffinierte Kunst in der Ausnützung der vier konzertanten Instrumente setzten sich die Herren Boigt, Spittel, Kämpfe und Lahn mit so trefflichem Können ein, daß schon dieser Darbietung allseitige Beachtung sicher war. Weit über das übliche Respektmaß wuchs freilich der Beifall erst an, nachdem Prof. Karl Fleisch den Solopart in Beethovens Violinkonzert gespielt hatte. Das war in der Tat eine Glanzleistung von so erstaunlicher Politer und konzentrierter Befestheit, daß sie nicht nur für den berühmten Solisten, sondern auch für dies Konzert aller Konzerte selbst wieder einmal beste Fürsprache einlegte. Generalmusikdirektor Josef Krips schloß den genutzreichen Abend mit Mozarts Jupiter-Sinfonie, die ebenso ihm als begeisterungsfähigem Führer, wie unsern, mit gewohnter Disziplin musizierenden Orchester lebhafteste Anerkennung eintrug. Das Haus war nahezu ausverkauft; auch dies zeigte, daß nach den noch etwas zaghaften Anfängen der letzten Wochen jetzt der Musikwinter offiziell begonnen hat.

### Die Vorgeschichte des Colmarer Komplottprozesses

In seiner Monatschrift „Die Heimat“ veröffentlichte Abbe Oesch eine ausführliche Schilderung der Vorgeschichte des Komplottprozesses, die aus eingeweihten Kreisen stammen soll. Demnach ist der Generalstaatsanwalt Fuchs der eigentliche Urheber der Verfolgungen, von deren Beginn sowohl der Straßburger Präsekt als auch die Pariser Regierung überrascht worden sei. Die Unterlagen lieferte der Leiter der politischen Polizei, Kommissar Bauer, der dann von den Geschworenen mit seinen Zeugnisaussagen so gründlich Schiffbruch erlitt. Die Hausdurchsuchungen seien eine Komödie gewesen, die Anlage beruhte auf einer vorher aus dem Polizeimaterial gewonnenen Anlagenskizze. Auch für die unvorsichtige Rede Poincarés sei der Generalstaatsanwalt verantwortlich.

### Venech über das Verhältnis zu Deutschland

Im Auswärtigenamt des tschechoslowakischen Abgeordnetenhauses antwortete am Schluß der Beratung über das Kapitel „Außenministerium“, Dr. Venech auf die in der Debatte geäußerte Kritik und betonte, daß die tschechoslowakische Außenpolitik immer vom europäischen Gesichtspunkt aus geleitet war. Die ganze Arbeit der Außenpolitik seit zehn Jahren erstreckte die Festigung des Friedens. Venech führte dann weiter aus: Zu Deutschland haben wir ein gutes, sogar freundschaftliches Verhältnis. Durch die ganzen zehn Jahre gab es zwischen uns und Deutschland keinen einzigen Konflikt. Es sei nicht angebracht, vom Anschluß zu sprechen, da diese Frage im Zusammenhang überhaupt nicht aktuell sei. Die Anschlußfrage sei nicht ein Problem Österreichs, Deutschlands oder der Tschechoslowakei, sie sei vielmehr eine europäische Frage. Das Abrüstungsproblem betrifft nicht nur die Soldaten, die Gewehre und die Geschütze, es ist hier die gesamte große soziale und wirtschaftliche Struktur zu berücksichtigen, die sich durch die Entwicklung der Jahrhunderte gebildet hat, und mit dem Problem eng zusammenhängt. Wer die Sache ernst betrachtet, kann die Zustände nicht mit einem Schlag ändern wollen.

Jum-Fall Thälmann Das politische Büro der SPD. beschloß, laut Berliner „Moter Zahne“, eine Erklärung von 25 Mitgliedern des Zentralkomitees zu veröffentlichen, worin diese ihre Zustimmung zu dem Beschluß des Zentralkomitees über den Fall Thälmann und Genossen zurückziehen und erwarten, daß das Exekutivkomitee in Moskau die Revision des Beschlusses vornimmt, der die Rehabilitierung Thälmanns und die Wiederherstellung der Rechte der drei Hamburger Funktionäre bedeutet.

Der preussische Landtag begann am Freitag die zweite Lesung des Kommunalwahlgesetzes, brach sie aber bald darauf ab, um den Parteien Gelegenheit zu geben, noch entscheidende Besprechungen über einige Differenzpunkte zu halten. Es scheint, daß sich eine Mehrheit für die Hinausschiebung aller Kommunalwahlen bis zum 31. Dezember 1929 nicht finden wird. Eine Mehrheit ist aber auch für die Festlegung für einen Tag nicht vorhanden.

### Kurze Nachrichten

Die Einberufung des Reichstages wird, dem „D. T.“ zufolge, voraussichtlich erst etwa am 12. November erfolgen. Dieser frühe Termin gehe zweifellos auf einen Wunsch von Zentrumsseite zurück, da das Zentrum seinen Parteitag zwischen dem 5. und 7. November abhält. Präsident Ebert hat, wie das Blatt hört, den 12. November als Tag des Wiederzusammentritts in Aussicht genommen.

Eine Verfügung des Reichswehrministers. Reichswehrminister Groener hat eine Verfügung erlassen, wonach Angehörige der Wehrmacht verpflichtet sind, falls ein Ochs auf den früheren Kaiser oder einen der früheren Fürsten bei einer Veranstaltung ausgebracht werden sollte, oder falls sie an einer Demonstration teilnehmen, die gegen die Republik gerichtet ist, die betreffende Veranstaltung zu verlassen.

Die Regierungsumbildung in Preußen. Nachdem die Verhandlungen über die Bildung der großen Koalition durch die Freitagssprechungen in Fluß gekommen sind, werden nunmehr, voraussichtlich in der kommenden Woche, die preussischen Regierungsparteien (Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten) zu einer gemeinsamen Sitzung zusammentreten. An dieser Sitzung wird Ministerpräsident Braun teilnehmen. Vor allem wird die Frage der Befestigung der Resorts zu lösen sein.

Das Mailänder Bombenattentat. Die italienischen Wälder veröffentlichten die Nachricht, daß der Spezialgerichtshof das Verfahren gegen die wegen Verdachts der Beteiligung an Mailänder Bombenattentat Verhafteten eingestellt und die Betroffenen wegen mangelnder Schuldbeweise auf freien Fuß gesetzt hat.

Das Landeskonservatorium widmete anlässlich der Karlsruher Herbsttage seinen Eröffnungabend den badischen Komponisten. Die Frage einer solchen lokalen Typisierung soll jedoch hier nicht näher untersucht werden, es würde sich erweisen, daß sie theoretisch gar keine und praktisch nur eine bedingte Berechtigung hat. Da ließ man z. B. jenem Josef Martin Kraus den Vortritt, der wohl zu Art Bogler, solange dieser in Mannheim tätig war und noch nicht in Darmstadt wirkte, einige Beziehungen hatte, im übrigen aber das geläufige Einmaleins der Tonkunst seiner Zeit nicht besser als jeder damalige Musiker beherrschte. Gerade die aufgeführte D-Dur-Sonate zeigte deutlich, daß er eigentlich nur miternten durfte, was andere längst getan hatten. Auch das zweite historische Werk des Programms, eine Orchester-suite des markgräflich-badischen Kapellmeisters J. K. F. Fischer, richtete sich weit mehr nach dem modernen französischen Muster von ebendem als nach einer etwa durch seine zufällige örtliche Tätigkeit gegebenen Eigenart. Gegenüber jenen alten Komponisten, die zumeist viel reisten und sich keineswegs geographisch gebunden fühlten, kann man eher von der heutigen Musikergeneration behaupten, daß irgendwo auch ein biologischer Zusammenhang mit dem Heimatboden in ihrem künstlerischen Lebensraum zu erkennen sei. So dürfte es bei Heinrich Kaminski gar nicht schwer sein, festzustellen, daß er dort, wo er wirklich nach Herzenslust musiziert, echt alemannisch empfindet. Er ist sogar jetzt noch der Schwarzwalderde bewachsen, obwohl er seit Jahren in ganz anderer Gegend lebt. Hoffentlich bleibt deshalb nicht bei diesem Einbild in sein reiches Schaffen, das hier leider außer dem Concerto grosso und einem gelegentlich ausgeführten Chorwerk gänzlich unbekannt ist. Schon dies Quartett op. 1 in der aparten Befestigung für Klavier, Maxinette, Viola und Violoncello ist zudem nicht nur für die Kammermusikrevolution der neueren Bewegung bedeutsam genug, es enthält auch für die moderne Expression mancherlei Wichtiges, so sehr es in der Materialbehandlung, teils von den Nachromantikern (Brahms) und namentlich von Bach-Neger beeinflusst scheint. Es ist jeden-

falls aber keine deklamatorische Phrase, wenn man es un-musikalisch nennt, und es ist auch kaum mißverständlich, wenn man angesichts der feinsten Kräfte, die es birgt, von dem andern Erstlingswerk des Abends, von dem wiederholt gehörten Venalidern Philipps, behauptet, daß ihre rein gefühlsmäßige Haltung nicht entfernt solch starken Eindruck auszulösen vermochte. Um die Absolvierung des Programms machte sich u. a. Josef Fischer, Georg Mantel, G. Valentin Kanzer und Paul Trautvetter sehr verdient. In dem Philippschen Niederzulus wirkte noch Silde Paulus mit, ohne indessen mit ihrer Altstimme über der breitflächigen Begleitung müheles zu dominieren.

Von dem Sopran einer jungen Amerikanerin (Elizabeth Zulauf), die mit deutschen und englischen Liedern debütierte, ließ ich mir berichten, daß er in der Anlage zwar nicht übel, jedoch noch recht unausgeglichen klinge. Es sei auch im Ganzen eine sehr chansonnemäßige und sentimentale Art zu singen gewesen, wie man sie im allgemeinen bei uns im Konzertsaal nicht hört. Seine Visitenkarte als Pianist gab am gleichen Abend Franz Dorfmeister ab. Was man bei der Sängerin einigermassen vermisse, Feinheit und gründliche Ausfüllung des Vortrags, damit soll er dagegen besonders bei den Klavierstücken des Mittelalters (Stücken von Hindemith, Bartok und Boulenc) weitgehend befriedigt haben.

h. Sch.

Badisches Landestheater. Am Montag, den 8. Okt. 1928, findet in der Städtischen Festhalle im Rahmen der Volkstanzreihe die Aufführung des Oratoriums „Die Schöpfung“, von Josef Haydn, statt. Es bedarf wohl keiner besonderen Betonung mehr, daß sie zu den schönsten Werken unserer Konzertliteratur gehört. Als Solisten wirken mit: Max v. Ernst, Wilhelm Rentwig und Franz Schuster. Die zahlreichen Chöre dieses Oratoriums werden von Bachwern, Singchor und Hilfschor des Badischen Landestheaters gesungen werden. Die musikalische Leitung liegt in den Händen von Josef Krips.

### Verschiedenes

Die bevorstehende Amerikafahrt des „Graf Zeppelin“ erregt in New York das größte Interesse. Die Wälder berichten über die Fahrtvorbereitungen. Aus Lakehurst wird gemeldet, daß die von der Marineflugstation für den Zeppelin getroffenen Empfangsvorbereitungen beendet sind. Es sind auch Vorbereitungen für die schnelle Verteilung der Post des Luftschiffes und für die Unterbringung der Besatzung in die Wege geleitet. Marinebeamte aus Washington werden Dr. Götner in Lakehurst begrüßen.

An dem Amerikaflug werden außer dem Dezerenten für Flugwesen im Reichsverkehrsministerium, Ministerialdirektor von Brandenburg, voraussichtlich auch der preussische Innenminister Grzesinski, sowie ein Vertreter des Reichstags teilnehmen, und zwar wird dies, wie der „Lokalanz.“ meldet, der Zentrumsabgeordnete Prälat Kaas sein.

Das Flugzeug de la Ciervas in Köln Freitag nachmittag traf der Pilot Lawson auf dem von den Spaniern erbauten Windmühlenflugzeug auf dem Kölner Flugplatz ein. Zahlreiche Zuschauer hatten sich eingefunden, denen sich bei der Landung des Flugzeuges ein imposantes Bild bot, als das Flugzeug senkrecht zur Erde ging. Auch Oberbürgermeister Dr. Abenauer hatte sich zur Begrüßung der Flieger eingefunden. Heute will das Flugzeug nach Berlin weiterfliegen.

Beschlagnahmtes Flugzeug Das Flugzeug 225 der Deutschen Luftflotte wurde am Freitag in Olmütz nach der Landung auf Veranlassung der Prager Polizei beschlagnahmt, weil die Gesellschaft keine Erlaubnis habe, Personen auf der Fluglinie Prag-Brünn nach der Tschechoslowakei zu befördern. Eine weitere Meldung besagt, daß die Angelegenheit einen Kompetenzstreit zwischen der Zivil- und der Militärflugverwaltung ergibt. Die tschechoslowakische Militärverwaltung sieht die Flieger als Gäste an und setzt im Gegensatz zur Zivilflugverwaltung dem Start des Flugzeuges nach Berlin keine weiteren Hindernisse entgegen.

Die Tragödie der verirrten Jagdgesellschaft Nach Mitteilungen aus Kairo befanden sich die Mitglieder der Jagdgesellschaft, die am Freitag nach mehrtägigem Suchen von einem britischen Militärflugzeug in der ägyptischen Wüste aufgefunden worden sind, in bejammernswertem Zustand. Sie hatten den Verstand verloren und lagen nackt in einer Höhle, wobei jeder den anderen für seinen Feind hielt. Sie waren nicht imstande, einen zusammenhängenden Bericht über ihre Abenteuer zu geben. Das Automobil ist noch nicht wieder gefunden worden.

### Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Mannheim-Ludwigshafen, 5. Okt. Wie bereits gemeldet, streifen hier die Gipsler und Statueten. Es handelt sich, wie wir erfahren, um 500 Mann.

Dr. Malsch (Wiesloch), 6. Okt. Donnerstagabend kurz vor 9 Uhr wurden einige junge Mädchen auf dem Heimweg von dem 15 Jahre alten Albert Meffens belästigt. Die 14 Jahre alte Gertrud Becker setzte sich dem Burlesken gegenüber fertig zur Wehr, worauf dieser sie in den Straßengraben warf und ihr einen Schuß in die Wangengegend beibrachte. Sie wurde in die Heidelberger Klinik verbracht. Der Burleske rannte davon.

bid. Bühl, 5. Okt. Innerwartet reich stark gestern der Seniorchef der Großhandelsfirma J. Weid hier, Otto Wenk, im Alter von 68 1/2 Jahren.

W. W. Landau, 5. Okt. Das französische Kriegsgericht hat entsprechend dem Antrag des Verteidigers, Senatspräsident Dr. Führ, Landau, den Haftbefehl gegen die wegen Diebstahls im Landauer Militärpolizeigenstand festgehaltenen vier Jugendlichen aufgehoben. Diese wurden dem deutschen Jugendrichter überwiesen, der ihre Überführung in eine Fürsorgeanstalt anordnete.



## Badischer Teil Vernachlässigung der badischen Grenzlandinteressen

Aus dem Ministerium des Innern wird uns geschrieben: Herr Reichstagsabgeordneter Erising hat in den jüngsten Tagen einen Vortrag, der sich bei der Verteilung des diesjährigen Grenzlandfonds in Berlin abgepielt hat, öffentlich zur Sprache gebracht und es wurde im Anschluß hieran von anderen politischen Organen des Landes an diesem Vortrag herbe Kritik geübt und die Frage aufgeworfen, ob sich die badische Regierung eine solche Behandlung gefallen lasse. In der Tat hat man es hier mit einem geradezu unerträglichen Vorgang zu tun. Aus dem diesjährigen Reichsbudget standen für Grenzlandzwecke 2 1/2 Millionen Reichsmark zur Verfügung. In den im Reichsministerium für die besetzten Gebiete aufgestellten Verteilungsplänen war Baden mit 800 000 M berücksichtigt, das Land Hessen sollte, da es nach der Zweckbestimmung des Fonds nicht berücksichtigt werden konnte und es auch schon anderweitige Zuwendungen erhalten hatte, ausfallen.

Es scheint aber, daß Herr Staatssekretär Schmid im Reichsministerium für die besetzten Gebiete Hessen gegenüber die Zuteilung eines größeren Betrages in Aussicht gestellt hatte, denn er war es, der nach einer Sitzung vom 17. Juli d. J. den Standpunkt durchsetzte, es könne Baden, wenn Hessen unberücksichtigt bleibe, diesmal keine Zuwendung erhalten. Diese Auffassung drang beim Reichskabinett durch. Ob bei den Beratungen die Regierungen von Preußen und Bayern gegen eine Berücksichtigung Badens an dem Westfonds wirksam wurden, ist der Badischen Regierung nicht bekannt geworden.

Die Badische Regierung hat gegen den überraschenden und unverständlichen Beschluß der Reichsregierung, Baden bei der Verteilung der Mittel aus dem Grenzlandfonds für die westlichen Grenzgebiete (Grenzland II) nicht zu berücksichtigen, förmliche Verwahrung eingelegt und um eine neue Prüfung der Angelegenheit ersucht. Nach der klaren Zweckbestimmung des Fonds hat Baden als Grenzland unzweifelhaft Anspruch auf Berücksichtigung. Die Badische Regierung kann sich zur Berücksichtigung ihres Standpunktes auf die Meinung des Reichsministers für die besetzten Gebiete stützen, der selbst zugab, es sei der Wille des Reichstages gewesen, daß für die Verteilung des Fonds die enge Begrenzung auf Preußen, Bayern und Oldenburg nicht Platz greifen dürfe; dies um so weniger, als das Land Baden bei einer früher erfolgten Verteilung von 12 1/2 Millionen Grenzlandmitteln nicht berücksichtigt wurde. Der Protest der Badischen Regierung hat bei den Berliner Stellen seine Erledigung noch nicht gefunden.

## Aufhebung der Enklaven und Erklaven

P. A. Die Landesregierungen in Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt haben sich in den letzten Wochen über die Aufhebung der Enklaven, Enklaven und Kondominate im Wege freier Vereinbarung insoweit verständigt, als die Inneren Ministerien der drei Länder mit der Aufnahme von Verhandlungen hierzu beauftragt wurden. Diese Verhandlungen werden sich zu beschleunigen haben mit dem Austausch von im Baden gelegenen württembergischen Gebietsteilen. Solche sind das Pfardorf Deubach, der Weiler Weiwien, beide zum Oberamt Mergentheim gehörend, der Weiler Bruberhof und die Burgstelle Hohentwiel, letztere zum Oberamt Tutzing gehörend.

Die in Württemberg gelegenen badischen Gebietsteile sind der badische Kondominatsanteil an Bernbrunn bei Neckarjulin, die Gemeinde Adelkreute mit dem Weiler Töpfenhardt bei Überlingen und die Gemeinde Salschlern zum Amt Eppingen gehörend.

Für die Gebietsbereinigung zwischen Baden und Hessen kommen in Betracht der Gebietsanteil der Gemeinde Laubach bei Weinsheim und die Stadt Wimpfen mit drei in Baden gelegenen Höfen.

Inwieweit es möglich ist, bei den demnächst beginnenden Verhandlungen von Vertretern der drei Länder zu einer Verständigung zu kommen, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen. Jedenfalls ist die grundsätzliche Übereinstimmung über diese Frage bei den Regierungen der drei genannten Länder als ein wesentlicher Fortschritt auf dem Gebiet der Staatsvereinfachung anzusehen.

## Natur- und Heimatschutz in Baden

Der Badische Schwarzwaldberein, die Bergwacht, der St. Hub Schwabwald, die Badische Landesnaturforschungsvereine, der Badische Landesverein für Naturkunde und Naturschutz, der Badische Jugendbergsbergverein, der Landesverein Baden des Allgemeinen Deutschen Jagdschutzvereins und der Badische Bund Deutscher Jäger haben eine gemeinsame Kundgebung und beschlossen, in der sich einerseits die gesamten Wander- und Naturschutzvereine verpflichten, an ihre Mitglieder und Aufsichtsborgane die Weisung ergehen zu lassen, wahrgenommene Wildquälereien, Wilddiebereien und sonstigen Jagdverbrechen nachdrücklich zur Anzeige zu bringen, andererseits die Badischen Jäger versprechen, auf die Einrichtungen der Wandervereine und den Naturschutz ein wachsameres Auge zu haben und ihr Jagdpersonal anzuweisen, daß es ebenso unachtsamlich gegen Schänder der Einrichtungen von Wandervereinen (Wege, Wegeweiser, Schutzhütten, Bänke, Anlagen usw.) sowie Verstöße gegen die Verordnung über den Schutz der heimischen Pflanzen- und Tierwelt vorgeht.

## Bau der neuen Rheinbrücken

Nach Mittermeldungen ist der Zeitpunkt zur Einreichung von Plänen für die Erbauung der drei Rheinbrücken verlängert worden. Der erste Termin lautete auf 20. September. Offenbar bedeutet die erneute Verlängerung keine weitere Verzögerung der so wichtigen Rheinbrücken. Auf der Ludwigshafener Rheinbrücke z. B. ist — wie aus Mannheim berichtet wird — augenblicklich der Verkehr geradezu lebensgefährlich, und es ist nur der allergrößten Achtsamkeit jedes einzelnen zu verdanken, daß sich größere Unfälle nur in geringerem Maße auf der Brücke ereignen.

## Dreisack als Rheinhafen

In einer Zuschrift der Freiburger Handelskammer wird im Hinblick darauf, daß die Frachtkonkurrenz in der Südwestecke Deutschlands in den letzten Jahren stark gestiegen ist, die Frage der Schaffung eines neuen Rheinhafens in Dreisack eingehend erörtert. Dieses Hafenprojekt wird nun im folgenden nach wirtschaftlichen, politischen, finanziellen und technischen Gesichtspunkten hin überprüft und dabei die primäre Frage des Bedürfnisses nach einem Rheinhafen in Dreisack bejaht. Auch die politische Seite würde in befriedigendem Sinne gelöst werden können. Dagegen gestalten sich die finanzielle Seite des Planes problematischer, da diese wesentlich beeinflusst werden von strombautechnischen Schwierigkeiten. Hierdurch würden durch eine zu erwartende Verteuerung des Güterumschlages vorerst kaum überwindbare Hindernisse geschaffen. Es wird daher zum Schluß die Forderung nach einer baldigen Durchführung der Rheinregulierung erhoben. Nur die geplante große Rheinregulierung von Rühl bis Basel bringe den Anschluß an die Rheinschiffahrt durch Erbauung eines Rheinseitenkanals könne dieses Projekt keineswegs gefördert werden.

## Die internationale Fischereiaufsicht auf dem Bodensee

Die seit einigen Jahren durch die Fischereiaufsicht aller Bodenseestaaten international durchgeführte Fischereiaufsicht hat — wie aus Konstanz berichtet wird — so gute Ergebnisse gezeitigt, daß man nicht mehr von ihm abkommen wird. Am 1. Januar 1929 werden alle Bodenseestaaten auf die Erhebung der Motorboote für die Schiffe der Berufsfischer verzichten. Für den Ganffischfang wird folgendes bestimmt: Er darf ab 1. Januar nächsten Jahres auf dem ganzen Obersee nur noch mit Netzen von mindestens 30 Millimeter Maschenweite betrieben werden. Dadurch soll die Schonung der jungen Fische und die Heranbildung eines größeren kräftigen Fisches gefördert werden. Sowohl für Mauseichen wie für Gangfische wird künftig eine Schonzeit vom 10. November bis 15. Dezember angelegt. Während der Laichzeit erhalten diejenigen Berufsfischer Fangerlaubnis, die sich zur Ablieferung des Laiches an die staatlichen Fischbrütanstalten verpflichten. Das im Jahre 1925 eingeführte sogenannte Trappnetz hat für die Fischerei keine günstigen Ergebnisse gezeitigt und wird deshalb wieder beseitigt. Die Frage des Fischereibens im Bodensee ist noch nicht endgültig gelöst. Die drei Institute für Seenforschung konnten bisher keine Ursache finden, wahrscheinlich liegt ein bakterieller Erreger vor.

## Die Bauarbeiten im Neckarkanal

Dr. Stuttgart, 6. Okt. Strombaudirektor Konz, Stuttgart, gibt in der Septemberrummer der Zeitschrift des Süddeutschen Kanalvereins einen Überblick über den Stand der Bauarbeiten im Neckarkanal. Im Jahre 1929 erfolgt die Fertigstellung der neuen Straßenbrücke Gaisburg, ferner des Kraftwerkes mit Einbau der Maschinen und Umstellung der alten Wassertriebswerke. Diese Arbeiten werden von Erwerbslosen als Notstandsarbeit ausgeführt und sollen bis Ende 1929 fertig sein. Zur Zeit sind an den Baustellen mehr als 1200 Arbeiter beschäftigt. Die Arbeiten an der Staustufe Obereisingen haben solche Fortschritte gemacht, daß voraussichtlich mit der Fertigstellung und Inbetriebnahme bis zum Jahresende gerechnet werden kann.

## Aus der badischen Industrie

Die große Ziegelei in Sainstadt (Buchen), „Sainstädter Tonwarenindustrie“, die fast ein Jahr stillstand, ist neuerdings von einer Daxlandener Ziegelei wieder in Betrieb gesetzt worden.

Die Schwarzwälder Granitwerke C. Kiebele in Bühl mußten wegen Auftragsmangels vor kurzem 40 Mann entlassen. Nunmehr mußte auch der gesamte Betrieb in Raunmünzach geschlossen werden. Dadurch kamen weitere 76 Arbeiter zur Entlassung. Mit dieser Stilllegung sind sämtliche feuerablen Privatbetriebe der Steinindustrie des Nurgtales stillgelegt.

## Von 10000 auf 26000 Uebernachtungen

Im Jahre 1927 fanden in der Jugendherberge in Heidelberg 10 000 Uebernachtungen statt. Seit der Eröffnung des von der Stadt Heidelberg errichteten Neubaus der Knabenherberge in Heidelberg hat sich die Zahl im Jahre 1928 so gesteigert, daß bis heute schon 26 000 Uebernachtungen gezählt werden konnten. Es ist dies neben dem sozialen Gesichtspunkt einer Fürsorge für das Jugendwandern eine äußerst wirksame Verkehrswerbung für die Stadt Heidelberg.

## Tagungen

Tagung des katholischen Lehrervereins. Bei der in Konstanz abgehaltenen 10. Haupttagung des katholischen Lehrervereins Baden sprach Universitätsprofessor und Prälat Dr. Georg Schreiber, München i. B., M. d. R., über das Thema „Katholizismus und deutsche Kultur“ und führte folgende Grundgedanken aus: Weltkrieg und Nachkriegszeit haben nicht nur die wirtschaftlichen Zustände ungeheuer aufgerüttelt, im neuen Deutschland habe sich eine neue kulturgeologische Richtung in den letzten Jahrzehnten angebahnt. Wir seien noch zu tief aufgewühlt, und noch lange nicht in der Stabilisierung der Geister. Es sei auch nicht richtig, daß das deutsche Volk zu stark in den materiellen Genuß versinke. Trotz mancher sehr betrüblicher Erscheinungen im praktischen Leben sei der Aufstieg zu einer höheren Geisteshaltung im deutschen Volke unverkennbar. Abschließend wies der Redner auf die Umwandlung des Bildungsbegriffes hin und die großen Werte, die besonders im Heimatgedanken und in der Volkstumschlummern.

Die fünfte Hauptversammlung des Verbandes katholischer Frauenvereine tagte am 29. und 30. Sept. in Karlsruhe. Synodalrat Stadtpfarrer Kreuzer, Freiburg, sprach über die Notwendigkeit der Förderung kirchlichen Lebens durch die Frauenvereine. Es folgte ein Vortrag von Fräulein Anni Peter aus Schönenwerd (Schweiz) über „Die Frau und die Kirche“. Am Sonntag fand die Hauptversammlung mit Berichten von 25 Vereinen mit 35 Stimmen statt.

Der Badische Waldbesitzerverband E. V., dem zurzeit 941 Gemeinden und öffentlich rechtliche Körperschaften mit 198 574 Hektar und 1596 private Waldbesitzer mit 93 000 Hektar zusammen mit 291 574 Hektar angehören, lädt für Sonntag, den 28. Oktober, 9 1/2 Uhr vormittags, nach Waldbrunn zu seiner ersten ordentlichen Mitgliederversammlung ein. Auf der Tagesordnung stehen neben dem Geschäftsbericht und Massenbericht die Festsetzung des Voranschlags und des Beitrages für 1929, ferner ein Vortrag des Forstrats Müller, Weinheim: „Vom Ausschlagwald zum Hochwald“. Der Tagung geht ein Begrüßungsabend der Stadtverwaltung voraus, bei dem eine Beleuchtung des Rathauses vorgesehen ist.

## Aus der Landeshauptstadt

### Lichtfest Karlsruhe

Eine Kommission von lichttechnischen Sachverständigen und Mitgliedern der vorbereitenden Arbeitsausschüsse für das Lichtfest beichtigten am Donnerstagabend während einer Generalprobe sämtliche für die Anstrahlung bestimmten Gebäude der Stadt in allen Stadtteilen. Die technische und künstlerische Arbeit, die vom städt. Elektrizitätswerk unter Mitwirkung des Lichttechnischen Instituts der Technischen Hochschule geleitet wurde, darf als vortrefflich bezeichnet werden. Verschiedene Gebäude und Kirchen sind in ihrer Lichtwirkung ganz ausgezeichnet abgetönt und lassen ihre verschiedenartige Architektur neuartig und scharf umrissen hervortreten. Man darf sagen, daß überdies die Christuskirche und die Gartenanlagen des Vorplatzes, das ehemalige Residenzschloß und vor allem der Friedrichsplatz mit seiner farbig angestrichelten Fassade, den überfluteten Parkanlagen und dem angestrichelten Sammlungsgebäude ebenso wie der ganze Marktplatz effektvolle Höhepunkte in der Anstrahlung bilden werden. So erhielt auch die Karlsruher Bevölkerung einen Vorgeschmack von dem, was ihr während des Lichtfestes an schönem geboten wird.

Am Samstag, den 6., und Montag, den 8. Oktober, werden aus Anlaß des Lichtfestes und der zahlreich erwarteten Fremden alle Verkaufsgeschäfte bis abends 8 Uhr sowie am Sonntagmorgen von 3-6 Uhr geöffnet sein.

Prüfungsdauer der Süddeutschen Fleischerschule in Karlsruhe. Die in den Jahren 1927 und 1928 auf sämtlichen beschickten Ausstellungen mit acht goldenen Medaillen und Ehrenpreisen für die Höchstpunktzahl der Leistungen ausgezeichnete, unter der Leitung des Fleischereimeisters Heinrich Pöhlender stehende Süddeutsche Fleischerschule in Ludwigshafen hält nach Beendigung des soeben beendeten Vierjahresstudiums in Karlsruhe, der von weit über 60 Schülern besucht war, vom 6. bis 8. Oktober in den Räumen des Kaffeehotels eine Prüfungsdauer ab, um neben den Fachkollegen auch der größeren Öffentlichkeit Gelegenheit zu geben, sich über die Fortschritte des Fleischergewerbes zu unterrichten. Was der Süddeutschen Fleischerschule ihren geachteten Namen gegeben hat, ist die Tatsache, daß Meister Pöhlender versteht, in seinen Schülern den Sinn für selbständiges Denken und Arbeiten zu erwecken. So sind sämtliche Arbeiten der Schüler durchaus selbständig angefertigt worden. Gezeigt werden u. a. Kouladen, Pasteten, Galantinen, Apfels-, Fleisch- und Wurstorten, Süßkoteletts in den feinsten Trüffelzeichnungen, Fleischglasmalereien und Fettmalereien, garnierte Schinken, Dekorationskörbe, aus Fett hergestellte Blumen, Jungenaufsätze (aus mindestens 80 Jungen) usw. Einen großen Raum nehmen heute in den Schaufenstern der Fleischläden modern und geschmackvoll aus dem Fett herausmodellierte Dekorationsstücke ein.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte in Karlsruhe. Ganz England und Frankreich ist heute morgen von den Warmluftmassen der großen, südlich Island angelegten Zyklone überflutet. Auch bei uns ist die Warmluft in den höheren Luftschichten vorgedrungen und hat vorübergehend leichte Bewölkung hervorgerufen. Da die Zyklone in nordöstlicher Richtung weiterzieht und von Südräumen her hoher Druck nachstößt, bleibt die Hochdruckwetterlage für unser Gebiet bestehen. — Wetterausichten: Sehr mild, zeitweise heiter und trocken mit örtlichen Herbstnebeln.

## Geschäftliches

### Von einer schönen Erfindung und einer alten Firma

Mit der Geschichte der Photographie, die über die Daguerreotypie, über das nasse Verfahren zu den Trockenplatten führt, ist eine alte Karlsruher Firma eng verbunden. In unserer Stadt fand der Fachhandel und damit die Photographie schon früh Eingang. Am 23. August 1861 teilte die Firma Alb. Glod & Cie. in einer Anzeige mit, daß sie ein chemisches Laboratorium zur Darstellung von Präparaten für Daguerreotypie, Photographie und Banotypie errichtet habe. Die Firma wurde gegründet von dem Kaufmann Albert Glod und seinem Schwiegerjohn, dem Chemiker Faber Weil, der in Stuttgart auf dem Polytechnikum die Photographie kennen gelernt hatte. Sie genoss bald bei der einschlägigen Kundschaft in Baden, Württemberg, Bayern, Schweiz, in der Rheinpfalz und im Saargebiet, und nach 1870/71 auch in Elsaß-Lothringen einen guten Ruf. Die Geschäftsräume in dem bisherigen Hause Kaiserstraße 42 (heute Gasthaus zum Elefanten) wurden zu eng und man siedelte in das Haus Kaiserstraße 89 über, in dem sie sich heute noch befinden. In diesen Jahren trat auch Herr Josef Kent in die Firma ein, der dann später als Teilhaber aufgenommen wurde und heute noch — 78jährig — rüstig im Geschäft tätig ist. 1911 konnte die Firma ihr 50jähriges Geschäftsjubiläum feiern. Auch heute noch ist die Firma Alb. Glod & Cie. das älteste und bedeutendste Unternehmen der Photobranche Süddeutschlands. Wenn nun die alte Firma heute daran geht, ihrem Stammhause ein zweites Geschäft — Kaiserstraße 221 — anzugliedern, so soll dies ein neuer Markstein in der Weiterentwicklung sein. Das neue Geschäft, das aufs modernste ausgerichtet ist und unter sachmännischer Leitung steht, soll vor allem den Bedürfnissen des Liebhaberphotographen entgegenkommen.

# Moninger Bier



# Den Staats- und Gemeindebehörden empfehlen sich:



## Rolladen

gut, schnell, billig

Karlsruher Jalousie- und  
Rolladen-Fabrik  
G.m.b.H.

## Parkett

Steinholz, Estriche, Heraklith

H. Echle, Parkett G.m.b.H.  
Karlsruhe i. B. 353  
Durlacher Allee 59 Tel. 2328 u. 1227



## Wasser- Gewinnung Versorgung

durch Schachtbrunnen — Rohrfilterbrunnen  
Tiefbohrungen in jeder Weite  
und Tiefe  
Quellerschliessungen — Quelfassungen  
projektiert und baut als Spezialität

Wilhelm Reck, Karlsruhe i. B.  
Technisches Büro 680 Fernsprecher 2271

## Ludwig Seider & Sohn

Granitwerke

MALSBURG b. KANDERN i. B.

Fernsprecher Kandern 123

Wir liefern in erstklassiger Ausführung:

**Granit-Groß- und  
Kleinpflastersteine**

## TEERMASCHINEN

### APPARATE — FAHRZEUGBAU

für den modernen Straßenbau  
Teer- und Bitumen-Spreng- und  
Spritzenwagen, Gießwagen, Geräte-  
wagen, Müllwagen, Teer-Flick-  
wagen, Teerkochkessel, Vorwärmer  
Dreiböcke, Teerabfüllapparate

Eugen Loew, Karlsruhe i. B.  
Waldhornstr. 17 Telefon 2626

381

## Plandruck G.m.b.H.

Karlsruhe i. B.

Georg-Friedrich-Straße 3

Telephon 6249

Zinkbelichtungen für Flach- u. Offsetdruck • Plandrucke  
in ein- und mehrfarbiger Ausführung • Maßstäbliche  
Vergrößerungen und Verkleinerungen von Karten und  
Plänen aller Art • Anfertigen von technischen Werken  
Moderne Geschäftsreklame

344

## Heinr. Stöcker

vormalis FR. KIRCHENBAUER

**Bauunternehmung  
für Hoch-, Tief- u.  
Eisenbetonbau  
Umbauten aller Art**

KARLSRUHE i. B.  
Lessingstr. 1a Tel. 1020

354

## Gebrüder Lay \* Konstanz

Bedachungsasphalt-  
und Teerprodukten-  
Spezialgeschäft

\*  
Neuzeitliche Straßen-  
teerungen • Isolie-  
rungen, Asphaltstra-  
ßenbeläge und Stein-  
holzfußböden

403

## ALFRED ZIMMERMANN FREIBURG



FABRIK FÜR  
ROLLADEN IN HOLZ UND WELBLECH  
EISENKONSTRUKTION SCHAUFENSTEBAU

DREIKÖNIGSTR. 43 ALFRED ZIMMERMANN TELEPHON 307

**Mühlacker** Falzziegel, Plannziegel  
Biberschwänze, Kehlziegel  
Formziegel aller Art

Prächtig naturrot oder en-  
gobliert, gr. Festigkeit, höchste  
Frost- u. Weiterbeständigkeit

**Dachziegel**

GEBR. VETTER A.-G.  
PFORZHEIM — MÜHLACKER

## Lehrmittelordner

für jeden Fall  
passend, solid und  
praktisch

Schul-  
und Büromöbel  
„Bruchsalia“

KARL SCHEFFEL  
Bruchsal

503

## Südd. Schreibmaschinen- u. Büroeinrichtungs-Ges. m. b. H.

Karlsruhe Kaiserstr. 225  
Telephon 121

Schreibmaschinen  
Büromöbel Bürobedarf

Generalvertretung der  
**IDEAL**  
Schreibmaschine

Eigene Reparatur-Werkstätte für alle Systeme

720

## Südd. Straßenwalzen - Betrieb

G. m. b. H. Darmstadt Tel. 1495

Zweigniederlassung Karlsruhe, Edelsheimstr. 6, Telephon 7062

**Abtlg. Walzenbetrieb:**  
Dampfwalzen 8—20 T. Aufreißer.

**Abtlg. Straßenbau:**  
Walzasphalt im Heißmischverfahren, ein- und  
doppelschichtig, Innentränkung, Oberflächen-  
behandlung in Teer und Asphalt.

305

## G. Berberich & Söhne

Holz- u. Stahlwellblech-Rolladen

Fabrikat „Leins“

FREIBURG i. B. MANNHEIM  
Wallstraße 9 Dürerstraße 11  
Telephon 1618 353 Telephon 25672

## Gaggenauer Emailschilderfabrik

& Emaillierwerk  
Adolf Dambach, Gaggenau (Murgtal)  
liefert Emailverkehrschilder  
laut Verordnung vom 8. 7. 27

**Straßenschilder, Hausnummern**  
sowie alle übrigen Emailschilder  
für Behörden und Gemeinden

512

## Hermann Allmendinger

vorm. G. & F. Allmendinger  
Gipser- und Stuka urgeschäft

Karlsruhe Melanchthonstraße 2  
Telephon 550

Filiale Mannheim  
U. 4. 22  
Telephon 23627

Ausführung erstklassiger Stuck- u. Putzarbeiten

Spezialität: K-Steinputzarbeiten

602

## Bruchsaler Parkettfabrik G. m. Bruchsal

liefert verlegt und unverlegt

Eichen- und Buchen - Parkett

Eichen- und Buchenlangriemen

ohne Blindboden direkt auf Balkenlager

504

## Büro für Städtebau

GEGRÜNDET 1909

Regierungs- baumeister Theodor Lohrmann beratender Ingenieur

KARLSRUHE i. B.  
Kriegsstr. 123 Fernruf 770

Gutachten und Projekte für  
Bebauungspläne — Straßen- und  
Brückenbauten — Gleisanschlüsse  
Kanalisation

658

## A. Aulenbacher & Söhne

Steinbruchbetriebe

Ettlingen i. B.  
FERNSPRECHER NR. 2

Wir liefern in erstklassiger Ausführung:  
Granit, Quarzit und Sandstein  
Groß- und Klein-Pflastersteine  
Randsteine und Leistensteine  
Stücksteine und Schotter

360